

■ Konjunktur: Wann Staatsimpulse wirken	2
■ Rentenversicherung: Alterssicherung für alle Erwerbstätigen	3
■ Gesundheit: Leistungen für die Allgemeinheit belasten gesetzliche Krankenversicherung	4
■ Bildung: Studiengebühren verunsichern Abiturienten	6
■ Dienstleistungen: Europa drängt auf Privatisierung	7
■ TrendTableau	8

CORPORATE GOVERNANCE

Vorstände nicht nur Aktionären verpflichtet

Unternehmensvorstände sind nicht nur den Kapitalgebern verpflichtet, sondern ebenso den Arbeitnehmern und der Allgemeinheit – auch wenn das im vergangenen Jahrzehnt in Vergessenheit geraten ist. Eine Präzisierung des Aktiengesetzes würde Klarheit schaffen.

Vielen Vorständen gilt die Maximierung des Shareholder Value als höchstes Gebot. Diese einseitige Orientierung widerspricht jedoch den Vorstellungen des Gesetzgebers bei der Verabschiedung des Aktiengesetzes. Darauf weist der Jura-Professor Gerald Spindler in einem Gutachten für die Hans-Böckler-Stiftung hin.* Zwar enthält das 1965 beschlossene Aktiengesetz anders als seine Vorläufer keinen ausdrücklichen Hinweis auf die Interessen der Beschäftigten und das Gemeinwohl. Doch dies liegt Spindler zufolge vor allem daran, dass die damalige Regierung nicht die Möglichkeit einkalkulierte, Vorstände könnten einen Tunnelblick auf den Börsenkurs entwickeln. So heißt es in der Gesetzesbegründung: Dass der Vorstand „die Belange der Aktionäre und der Arbeitnehmer zu berücksichtigen hat, versteht sich von selbst und braucht nicht ausdrücklich im Gesetz bestimmt zu werden. Gleiches gilt für die Belange der Allgemeinheit.“

Nach Spindlers Auffassung gilt dieses „pluralistische Unternehmensinteresse“, das der Vorstand zu verfolgen habe, bis heute fort. Allerdings sei in den letzten Jahren ein anderes Konzept in Konkurrenz zu der traditionellen Vorstellung getreten: Mit der zunehmenden Orientierung der Aktiengesellschaften am Kapitalmarkt und der Globalisierung der Kapitalmärkte habe sich der Shareholder-Value-Gedanke auch in gesellschaftsrechtliche Diskussionen eingeschlichen.

Gewisse Anhaltspunkte einer Anteilseignerorientierung kann man dem Gutachten zufolge im 1998 erlassenen Gesetz zur Kontrolle und Transparenz im Unternehmensbereich (KonTraG) finden. Eine „völlige Neuorientierung“ könne daraus aber keinesfalls abgeleitet werden, schreibt der Rechtswissenschaftler.

Dennoch würde eine ausdrückliche Erwähnung der Interessen von Beschäftigten und Allgemeinheit im Aktiengesetz mehr Rechtssicherheit schaffen. Eine entsprechende Bestimmung lediglich in den Corporate-Governance-Kodex aufzunehmen, hält Spindler hingegen nicht für sinnvoll, weil die Regelung dann als Empfehlung nur für börsennotierte Unternehmen gelten würde. ◀

Belohnt wird, was der Börse gefällt

Vorstandsbezüge in DAX- oder MDAX enthalten ...

die höchsten flexiblen Vergütungsbestandteile

Unternehmen	Branche	variabler Anteil
BMW	Automobil	80,4%
SAP	Software	78,1%
Merck	Pharma	77,8%
HeidelbergCement	Bau	77,7%
Celesio	Pharma-Handel	75,0%
Deutsche Bank	Banken	74,4%
Klößner	Industrie	74,2%
IVG Immobilien	Finanzen	74,1%

die niedrigsten flexiblen Vergütungsbestandteile

Unternehmen	Branche	variabler Anteil
Deutz	Industrie	28,8%
Dt. EuroShop	Finanzen	25,8%
Lanxess	Chemie	25,3%
Arques Industries	Finanzen	24,2%
Lufthansa	Transport	17,4%
Krones	Handel	15,9%
Vossloh	Industrie	3,0%
Infineon	Technologie	2,1%

Keine Berücksichtigung fanden aufgrund fehlender Angaben Premiere, Südzucker, Tognum und Wincor Nixdorf; Quelle: Reiner Rang 2008 | © Hans-Böckler-Stiftung 2008

* Quelle: Gerald Spindler: Unternehmensinteresse als Leitlinie des Vorstandshandeln – Berücksichtigung von Arbeitnehmerinteressen und Shareholder Value, Gutachten im Auftrag der Hans-Böckler-Stiftung, Oktober 2008

Download unter www.boecklerimpuls.de

Wann Staatsimpulse wirken

Die Finanzpolitik kann helfen, Konjunktur- und Beschäftigungskrisen zu bekämpfen. Das gilt besonders dann, wenn Fiskal-, Geld- und Lohnpolitik ineinander greifen, zeigt eine Expertise von Dieter Vesper.*

In jeder Phase der wirtschaftlichen Abkühlung stellt sich die Frage erneut: Soll der Staat eingreifen? Der Berliner Finanzwissenschaftler Dieter Vesper hat die Wirkung von Konjunkturpolitik in der Wirtschaftsgeschichte der Bundesrepublik seit Mitte der 60er-Jahre untersucht. Sein Befund: Mehrere Male hat die Fiskalpolitik im Abschwung Schlimmeres verhindert. Die Finanzpolitik könne also „in der Rezession kreditfinanzierte Nachfrageimpulse geben, die unmittelbar einkommens- und beschäftigungswirksam sind“.

Beispiele für eine gelungene keynesianische Politik sieht Vesper in den Jahren nach 1977 und nach 1986. Um einem Einbruch der Konjunktur entgegenzuwirken, beschloss die Bundesregierung im Frühjahr 1977 ein mehrjähriges „Zukunftsinvestitionsprogramm“. Dies beinhaltete unter anderem Entlastungen bei der Lohn- und Einkommensteuer, steuerliche Vergünstigungen und Schritte zur Energieeinsparung. Der Plan ging auf: Es gelang der Finanzpolitik, einen Aufschwung auszulösen. Bald stiegen auch die Steuereinnahmen stark an.

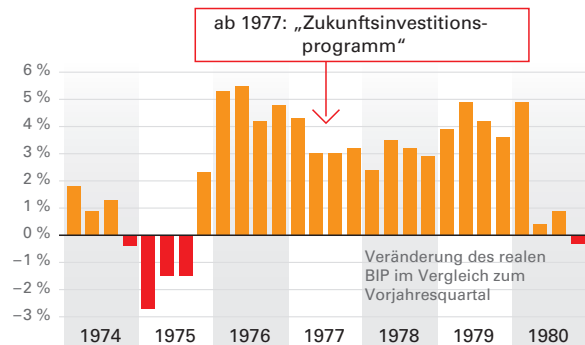
Auch ab 1987 trug die Finanzpolitik zur Stimulierung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung bei, indem sie Steuerentlastungen und höhere Ausgaben für die Infrastruktur auf den Weg brachte. Das gesamtwirtschaftliche Wachstum belebte sich nachhaltig. Zusätzliche Einnahmen füllten die öffentlichen Kassen. So konnte 1989 erstmals seit langer Zeit wieder ein Überschuss im Staatshaushalt verbucht werden.

Speziell den Aufschwung Ende der 80er-Jahre sieht der Finanzwissenschaftler als lehrbuchmäßigen Beleg für die enge Wechselwirkung zwischen gesamtwirtschaftlicher Entwicklung und koordinierter Wirtschaftspolitik: An der Produktivität orientierte, längerfristig ausgerichtete Lohnabschlüsse stabilisierten die Produktionskosten und erhöhten die internationale Wettbewerbsfähigkeit. Geld- und Finanzpolitik kompensierten die damit einhergehende Schwächung der Binnennachfrage. Günstigerweise stärkten auch stark sinkende Ölpreise die private Kaufkraft. Der Aufschwung spülte rasch zusätzliche Einnahmen in die öffentlichen Kassen, sodass sich die zusätzlichen staatlichen Ausgaben schnell ausgezahlt hatten.

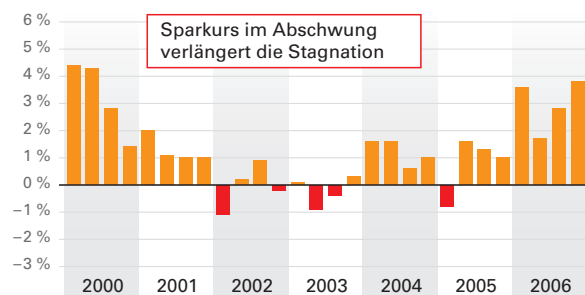
Doch so gut klappte die wirtschaftspolitische Koordination nicht immer. „In anderen Phasen der wirtschaftlichen Entwicklung war nur selten ein abgestimmtes Verhalten der wirtschaftspolitischen Akteure erkennbar“, so Vesper. Die Folge: Sowohl in den frühen 80er-Jahren als auch im aktuellen Jahrzehnt entwickelte sich die deutsche Wirtschaft über einen längeren Zeitraum äußerst schwach. In beiden Fällen fiel die Finanzpolitik als Wachstum stimulierende Kraft aus. In den 80ern kam der Aufschwung erst in Gang, als Geld- und Finanzpolitik expansiv wurden.

Kluge Finanzpolitik gibt Impulse

Das Wirtschaftswachstum entwickelte sich ...
mit Konjunkturprogramm



ohne Konjunkturprogramm



Quelle: Statistisches Bundesamt 2008 | © Hans-Böckler-Stiftung 2008

Neuere Forschungsergebnisse zeigen ebenfalls: Wenn die Wirtschaft auf der Kippe steht, kann der Staat sie sehr wohl vor dem Absturz bewahren. Wissenschaftler der US-amerikanischen Brookings Institution haben drei Grundregeln für einen erfolgreichen Eingriff aufgestellt:

- 1. Finanzielle Anreize** des Staates müssen zum richtigen Zeitpunkt kommen. Eine Möglichkeit wäre, bei einem drohenden Abschwung schon einmal ein Programm für den Notfall zu verabschieden. Dieses träte aber erst dann in Kraft, wenn zum Beispiel die Beschäftigung drei Monate in Folge abgenommen hätte.
- 2. Staatliche Eingriffe** müssen zielgenau sein. Steuervergünstigungen für Wohlhabende brächten nichts, denn diese würden die zusätzlichen Einkünfte kaum konsumieren.
- 3. Zeitliche Begrenzung** – sie dürfen sich nur über einen bestimmten Zeitraum erstrecken. Anderenfalls würde die Staatsverschuldung dauerhaft ansteigen.

Auch der Internationale Währungsfonds attestiert zumindest Industriestaaten gute Chancen, mit den Mitteln der Fiskalpolitik einen Abschwung abzufedern. Und in der aktuellen Krise? „Die Finanzpolitik wird den gegenwärtigen Abschwung nicht mehr verhindern können“, schreibt das IMK, „wohl aber wird sie seine Stärke spürbar vermindern und seine Dauer erheblich verkürzen können.“ ◀

* Quellen: Dieter Vesper: Vom Stabilitäts- und Wachstumsgesetz zum Europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakt, Expertise im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung, Juni 2007; Douglas W. Elmendorf, Jason Furman: If, When, How: A Primer on Fiscal Stimulus, Strategy Paper, The Brookings Institution, Januar 2008; International Monetary Fund: World Economic Outlook, Oktober 2008; Gustav Horn, Achim Truger: Ein Wachstumspaket für Deutschland 2009 – Ein Neun-Punkte-Programm zur Stützung der deutschen Realwirtschaft, IMK Policy Brief, Oktober 2008
Download und Quelledetails: www.boecklerimpuls.de

Alterssicherung für alle Erwerbstätigen

Höhere Einnahmen für die Rentenkasse, bessere Absicherung vieler Beschäftigter: Eine Ausweitung der gesetzlichen Rente auf Beamte, Selbstständige und Minijobber könnte mehrere Probleme lösen. Was eine Erwerbstätigenversicherung im Detail ändern würde, haben Ökonomen berechnet.

Trotz des demografischen Wandels müssen die Beiträge zur Rentenversicherung nicht unbedingt steigen. Auch eine Ausweitung des Versichertenkreises kann die Einnahmehasis der Rentenkasse verbessern. Ökonomen der Prognos AG und des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) haben auf Basis von SOEP-Daten ausgerechnet, was sich ändern würde, wenn die gesetzliche Rentenversicherung nicht nur Arbeiter und Angestellte erfasste, sondern auch Beamte, Minijobber und Selbstständige. Die Studie im Auftrag der Hans-Böckler-Stiftung zeigt, dass ein Umbau der Rentenversicherung zu einer Erwerbstätigenversicherung für höhere Einnahmen sorgen würde. Der Beitragssatz kann für gut drei Jahrzehnte reduziert werden. Minijobber und kleine Selbstständige könnten profitieren, Beamte und gut verdienende Selbstständige bekämen aber weniger Ruhegeld als heute.

Bereits versicherte Arbeiter und Angestellte profitieren laut Prognos von einer Erwerbstätigenversicherung. Die zusätzlichen Beitragszahler stärken die Rentenkasse, der Beitragssatz könnte im Jahr 2010 um 1,74 Prozentpunkte sinken. Die Experten erwarten als Folge 81.000 neue Jobs im ersten Jahr der Erwerbstätigenversicherung. Zudem könnte sich die Summe der Nettolöhne um rund 9 Milliarden Euro erhöhen. Bis 2040 gehen die Autoren von einem positiven Einfluss auf Beitragssatz und Bruttoinlandsprodukt aus. Das kann sich später ändern, weil dann Beamte in den Ruhestand gehen und Auszahlungen aus der Rentenkasse bekommen. Doch eine so weit in die Zukunft reichende Entwicklung sei kaum zu prognostizieren, so die Forscher.

Geringfügig Beschäftigte können schon jetzt Rentenpunkte erwerben, doch nur jeder Dreißigste macht davon Gebrauch. Das Konzept zum Umbau der gesetzlichen Rentenversicherung zu einer Erwerbstätigenversicherung geht davon aus, dass Rentenbeiträge für Minijobber und deren Arbeitgeber ab 2010 zur Pflicht würden. Damit schlossen sich für viele Beschäftigte im Lebenslauf Lücken ohne Rentenversicherung. Zahlreiche Erwerbstätige haben zeitweise einen Minijob, schreiben die Experten, aber nur in den seltensten Fällen ist das ein dauerhafter Zustand.

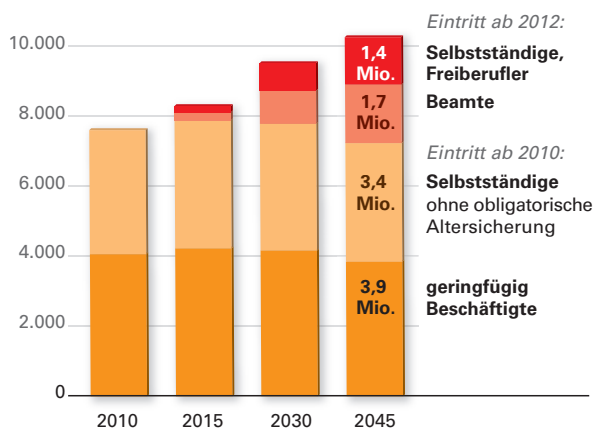
Beamte sind oft vor dem Eintritt in den Staatsdienst noch kurz anderweitig beschäftigt. Nach dem Wechsel nehmen sie als Ausgleich für höhere Arbeitsplatzsicherheit und bessere Alterssicherung oft Gehaltseinbußen hin, beobachten die Forscher. Mit Einführung einer Erwerbstätigenversicherung würde sich das ändern. Wer ab 2012 verbeamtet wird, müsste ebenso wie Angestellte und Arbeiter Beiträge in die gesetzliche Rentenversicherung einzahlen. Das Bruttogehalt der neuen Beamten wird aufgestockt, so dass der Rentenbeitrag nicht ihr Nettoeinkommen reduziert. Dafür wird aber auch die Altersversorgung nicht mehr über dem Niveau der Angestellten liegen. Je nach Besoldungsgruppe kann es zu einer deutlichen Einbuße gegenüber dem Status Quo kommen. Eine deutliche Veränderung träfe auch den Staat, der Ausgaben vorziehen müsste. Für Beamtenpensionen muss er erst auf-

kommen, wenn die Beamten das entsprechende Alter erreicht haben. Wären Beamte wie andere Beschäftigte auch versichert, müsste der Staat schon zur Zeit der Beschäftigung Beiträge entrichten.

Selbstständige. Hier unterscheiden die Autoren zwei Gruppen: Freiberufler mit berufsständischen Versorgungswerken und andere Selbstständige ohne Vorsorgepflicht. Abgesicherte Freiberufler, etwa Anwälte oder niedergelassene Ärzte, bekommen heute in der Regel höhere Altersleistungen als die gesetzlich Versicherten. Käme es 2012 zum Umbau der Altersversorgung, müssten sie darum Einschnitte verkraften. Bei den Selbstständigen ohne Versorgungswerk verhält es sich anders. Ihre Biografien weisen immer wieder Phasen der Arbeitslosigkeit und der geringfügigen Beschäftigung auf, sie haben starke Einkommensschwankungen und erleben Zeiten ohne Arbeitsentgelt. „Trifft die Vermutung zu, dass diese Gruppe nicht genügend Vermögen bildet, um den Lebensunterhalt im Alter zu sichern, hätte eine Erwerbstätigenversicherung den Vorteil, für diese Gruppe ein auskömm-

Mehr Versicherte – mehr Einzahler

Die Zahl der neu in die gesetzliche Rentenversicherung aufgenommenen Berufsgruppen entwickelt sich bis...



liches Rentenniveau im Alter zu sichern“, schreiben die Autoren. Die Einbeziehung in die gesetzliche Rente hätte weitere Vorteile. Die Rentenbeiträge würden sich an die schwankenden Einkommen anpassen – Einzahlungen in eine private Lebensversicherung können das nicht. Zudem kann die gesetzliche Versicherung Ansprüche auf eine Erwerbsminderungsrente bieten. ◀

* Quelle: Kerstin Windhövel, Claudia Funke, Jan-Christian Möller, unter Mitarbeit von Markus M. Grabka: Fortentwicklung der gesetzlichen Rentenversicherung zu einer Erwerbstätigenversicherung. Konsequenzen bei Einkommensverteilung, Beitragssatz und Gesamtwirtschaft, Gutachten für die Hans-Böckler-Stiftung, Basel, Oktober 2008
Download unter www.boecklerimpuls.de

Leistungen für die Allgemeinheit belasten gesetzliche Krankenversicherung

In den vergangenen Jahrzehnten hat die gesetzliche Krankenversicherung immer mehr Aufgaben übernehmen müssen, für die sie eigentlich gar nicht zuständig ist. Eine neue Studie* zeigt: Wäre das nicht so, könnte der Beitragssatz von jetzt 14,9 auf 10,35 Prozent gesenkt werden.

Ab Januar 2009 werden nach dem Willen der Bundesregierung gesetzlich Versicherte einen Beitragssatz von 15,5 Prozent zu zahlen haben – und damit 0,6 Prozentpunkte mehr, als momentan im Durchschnitt fällig sind. Nun debattiert die Öffentlichkeit darüber, ob die Einnahmen der Kassen ausreichen werden.

Eine andere Frage gerät dabei ins Hintertreffen: die der Quersubventionierung anderer Sozialsysteme und des Staates über die Versichertenbeiträge der gesetzlichen Krankenversicherung. Das Fritz Beske Institut für Gesundheits-System-Forschung Kiel (IGSF) hat sich mit Unterstützung der Kassenärztlichen Bundesvereinigung diesem Thema gewid-

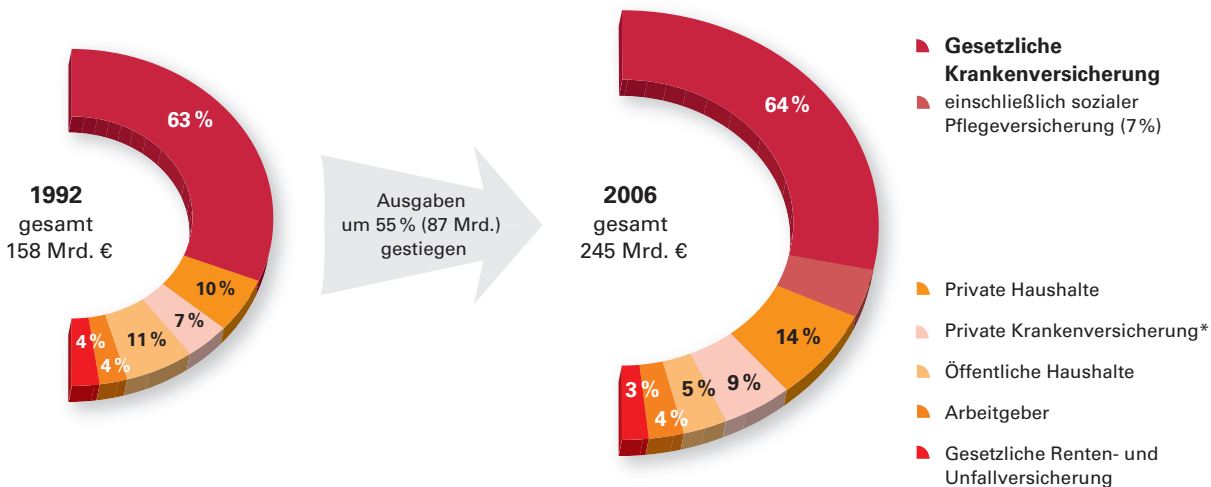
Dabei definiert das IGSF folgende Ursachen für Quersubventionierungen:

Gesetzgebung seit 1989. Dazu zählen die Kieler unter anderem die finanziellen Auswirkungen der Hartz-IV- und der Rentenreformgesetze. Insgesamt ergibt sich eine Mehrbelastung von rund 11 Milliarden Euro im Jahr.

Versicherungsfremde Leistungen. Hierunter fassen die Forscher Leistungen bei Schwangerschaft und Mutterschaft, Mutterschaftsgeld, aber auch Kosten für eine Haushaltshilfe oder medizinische Vorsorgeleistungen wie Kuren. Diese Kosten veranschlagen die Wissenschaftler mit rund 4 Milliarden Euro jährlich.

Gesundheitsausgaben: Lasten werden größer

Entwicklung der Gesundheitsausgaben und Anteile der Träger



met. Das Ergebnis: Nach dem Stand von 2008 ergibt sich eine Belastung der gesetzlichen Krankenversicherung zur Entlastung anderer Sozialsysteme und des Staates von jährlich 45,5 Milliarden Euro. Bei einer kostendeckenden Abgeltung der Leistungen könnte der Beitragssatz für Versicherte um 4,55 Beitragssatzpunkte gesenkt werden, so das IGSF.

Das Grundprinzip der Berechnungen: Die Mitglieder eines Sozialsystems sollten einen Beitrag nur in der Höhe zahlen, der ausschließlich für die Erfüllung der Aufgaben dieses Systems erforderlich ist. Dies schließt die Finanzierung von Leistungen an Dritte aus. Die gesetzliche Krankenversicherung habe jedoch zunehmend Leistungen übertragen bekommen, „die sozial-, familien- oder gesellschaftspolitisch begründet sind, ohne dass die für diese Leistungen entstehenden Kosten gedeckt werden konnten“, konstatieren die Forscher. „Entlastet wurden andere Sozialsysteme und der Staat.“

Beitragsfreiheit oder reduzierter Beitrag. Kinder und Ehegatten oder Lebenspartner sind in der gesetzlichen Krankenversicherung beitragsfrei mitversichert. Die beitragsfreie Mitversicherung von Kindern sei jedoch nicht Aufgabe der Solidargemeinschaft, sondern müsse von der Gesellschaft insgesamt getragen werden, so die Forscher.

Bei Ehegatten und Lebenspartnern sprechen sie sich für ein Ende der beitragsfreien Mitversicherung aus – mit Ausnahme der Fälle, in denen Kindererziehung oder Betreuung von pflegebedürftigen Angehörigen geleistet wird. Die Beitragsbefreiung während des Bezugs von Erziehungs-, Eltern- und Mutterschaftsgeld sei ebenfalls eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe und somit nicht allein von den gesetzlich Versicherten zu tragen.

Auch die Bezieher von Arbeitslosengeld II und Sozialgeld werden in die gesetzliche Krankenversicherung mit einbezogen.

Gesetzliche Krankenversicherung trägt vieles mit

Das Budget der gesetzlichen Krankenversicherung wird belastet durch ...

Einnahmeausfälle und Mehrausgaben wegen Gesetzesänderungen seit 1989, zum Beispiel aufgrund der Renten- und Arbeitsmarktreformen	11,0 Mrd. €
Versicherungsfremde Leistungen im engeren Sinne – zum Beispiel 2006	4,0 Mrd. €
■ Leistungen bei Schwanger- und Mutterschaft,	2,6 Mrd. €
■ Mutterschaftsgeld	0,5 Mrd. €
Beitragsfreiheit oder reduzierte Beiträge	29,1 Mrd. €
u.a. beitragsfreie Mitversicherung (2008) von	
■ Kindern,	14,0 Mrd. €
■ Ehegatten oder Lebenspartnern und	7–9 Mrd. €
■ reduzierte Beiträge von ALG-II-Beziehern	4,7 Mrd. €
Mehrwertsteuer-Regelsatz 19% für Arzneien und Hilfsmittel statt reduzierter Satz 7% (2007)	3,9 Mrd. €
Summe	48,0 Mrd. €
abzüglich Bundeszuschuss (2008)	– 2,5 Mrd. €
Gesamt-Mehrbelastung der GKV (2008)	45,5 Mrd. €

Quelle: Beske, Baumgärtner 2008 | © Hans-Böckler-Stiftung 2008

gen. Die Bundesagentur für Arbeit zahlt für sie jedoch nur reduzierte Krankenversicherungsbeiträge. Insgesamt ergibt sich eine Belastung infolge einer Beitragsbefreiung oder eines reduzierten Beitrags von rund 29 Milliarden Euro.

Mehrwertsteuer für Arznei- und Hilfsmittel. Deutschland erhebt auf Arzneimittel den vollen Mehrwertsteuersatz von 19 Prozent. In vielen anderen europäischen Staaten werden für Arzneimittel lediglich reduzierte Steuersätze erhoben, in fast allen gilt dies zumindest für verschreibungspflichtige Medikamente. Läge in Deutschland für Arznei- und Hilfsmittel der Mehrwertsteuersatz nur noch bei 7 Prozent, wür-

den die gesetzlichen Krankenkassen um rund 4 Milliarden Euro pro Jahr entlastet.

Alles in allem kommen die Forscher damit auf eine zusätzliche Belastung von rund 48 Milliarden Euro. Zwar erhalten die Kassen einen Zuschuss aus dem Bundeshaushalt zur teilweisen Entlastung für Ausgaben von gesellschaftlich sinnvollen, aber versicherungsfremden Leistungen. 2008 waren das jedoch lediglich 2,5 Milliarden Euro.

Die objektive Beurteilung solcher Berechnungen ist immer schwierig. So ist umstritten, ob der Staat jede Gesetzesänderung, die auch Auswirkungen auf die Krankenkassen hat, gegenfinanzieren sollte. Auch die Grenze zwischen Leistungen einer Sozialversicherung und versicherungsfremdem Transfer ist nicht eindeutig zu ziehen.

Eine Untersuchung des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) kam im Jahr 2005 jedoch zu ähnlichen Ergebnissen. Die Ökonomen Volker Meinhardt und Rudolf Zwiener bezifferten den von Arbeitnehmern durch Beiträge fehlfinanzierten Anteil an den Ausgaben der Krankenversicherung für 2002 auf 17 Prozent – 21,7 Milliarden Euro. Und warfen die Frage auf, „ob die Finanzierung von Ausgaben zur Unterstützung der Familie von einzelnen Gruppen oder gesellschaftlich zu tragen“ sei.

Wenn Familienförderung als „von der gesamten Gesellschaft zu leistende Aufgabe angesehen“ werde, liege ein „Fehlensatz der Beiträge“ vor – zumindest, solange ganze Personenkreise der Beitragspflicht entzogen sind: Beamte, Selbstständige und Arbeitnehmer mit Einkommen oberhalb der Beitragsbemessungsgrenze. ◀

* Quellen: Fritz Beske, Markus Baumgärtner: Zu Lasten der Gesetzlichen Krankenversicherung – Auswirkungen politischer Entscheidungen auf die Finanzsituation der Gesetzlichen Krankenversicherung, Schriftenreihe des Fritz Beske Instituts für Gesundheits-System-Forschung Kiel, Band 110, Oktober 2008
Volker Meinhardt, Rudolf Zwiener: Gesamtwirtschaftliche Wirkungen einer Steuerfinanzierung versicherungsfremder Leistungen in der Sozialversicherung, Gutachten des DIW im Auftrag des DGB-Bundesvorstands, der Hans-Böckler-Stiftung und der Otto-Brenner-Stiftung, März 2005
Download und Quelledetails: www.boecklerimpuls.de

Versicherungsfremde Leistungen – ein Überblick

Renten-, Kranken- Arbeitslosenversicherung: Alle erbringen Leistungen, die nicht nur ihren Versicherten zu Gute kommen.

Auf 467,2 Milliarden Euro beliefen sich die Ausgaben der Sozialversicherungsträger im Jahr 2007. Davon entfielen 234,7 Milliarden Euro auf die gesetzliche Rentenversicherung, 154,6 Milliarden Euro auf die gesetzliche Krankenversicherung und 37,6 Milliarden Euro auf die Bundesagentur für Arbeit. Überwiegend finanzieren sich die Sozialversicherungen aus Beiträgen. Hinzu kommen Zuschüsse des Bundes. Diese machen

jedoch nicht wett, dass sämtliche Sozialversicherungsträger für Leistungen aufkommen müssen, die eigentlich von der Allgemeinheit getragen werden müssten, sprich: aus Steuermitteln finanziert werden sollten.

Rentenversicherung: Nach Berechnungen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung gehören von zehn Euro, die die Rentenversicherung ausgibt, vier nicht zu ihren Kernleistungen. So reichen die Einnahmen der ostdeut-

schen Rentenversicherungsträger regelmäßig nicht aus, um die Ausgaben zu finanzieren. Auch diese Mittel müsste die Allgemeinheit aufbringen.

Krankenversicherung: Hier machen sämtliche Ausgaben für die Familienförderung – Leistungen bei Schwanger- und Mutterschaft oder die beitragsfreie Mitversicherung von Angehörigen – den größten Batzen aus. Je nach Definition belaufen sich die aus Beiträgen fehlfinanzierten

Ausgaben auf zwischen 21,7 und 45,5 Milliarden Euro.

Arbeitslosenversicherung: Seit langem ist strittig, ob die Arbeitsförderung zu den Aufgaben der Versicherung gehört. Das DIW stuft Eingliederung und alle anderen Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik als versicherungsfremd ein. Diese Leistungen sollten über Steuern finanziert werden, so die Forscher. ◀

Download unter www.boecklerimpuls.de

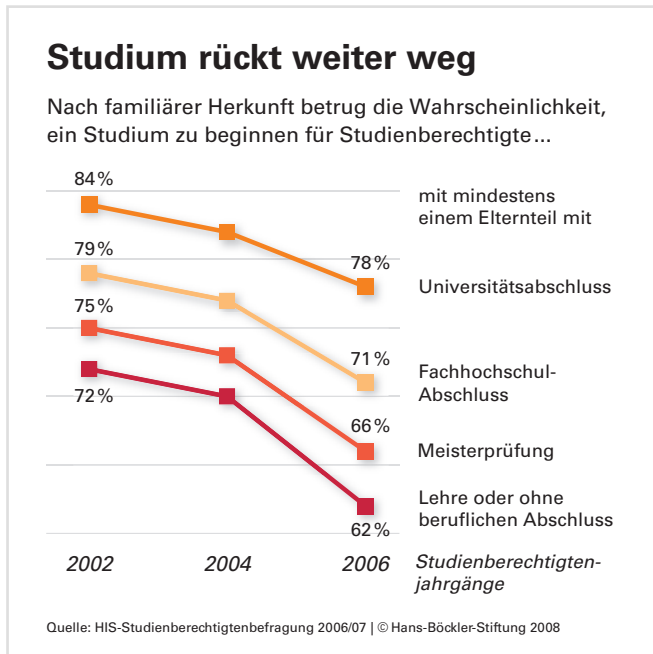
Studiengebühren verunsichern Abiturienten

Studieren – oder nicht? Und wo? Die Einführung von Studiengebühren beschränkt jeden zehnten Abiturienten bei seiner Entscheidung.

6.000 bis 18.000 Schulabgänger des Jahres 2006 werden sich wegen der Studiengebühren nicht auf einer Universität oder Fachhochschule einschreiben. Zu diesem Ergebnis kommt die erste empirische Untersuchung zur Wirkung von Studiengebühren in Deutschland. Forscher des Hochschul-Informationssystem GmbH (HIS) haben ein halbes Jahr nach Schulschluss in einer repräsentativen Erhebung 5.240 Abiturienten und Fachabiturienten zu ihren Plänen und zur Rolle von Studiengebühren befragt. Zum Zeitpunkt der Interviews erhoben erst zwei Bundesländer Gebühren, dennoch könnten die Gebühren bis zu 4,4 Prozent der Schulabgänger 2006 von einem Studium abhalten. Bei mehr als jedem zehnten Studienberechtigten beeinflussen die Gebühren die Entscheidung über das Ob und Wo eines Studiums:

- ▶ Mindestens 1,4 Prozent schließen die Aufnahme eines Studiums wegen der Gebühren kategorisch aus;
- ▶ weitere 3 Prozent sind von den Studiengebühren deutlich abgeschreckt, erwägen aber teilweise ein späteres Studium;
- ▶ hinzu kommen 6 Prozent der Studienberechtigten, die ihre Hochschule gezielt danach aussuchen, keine Gebühren zahlen zu müssen.

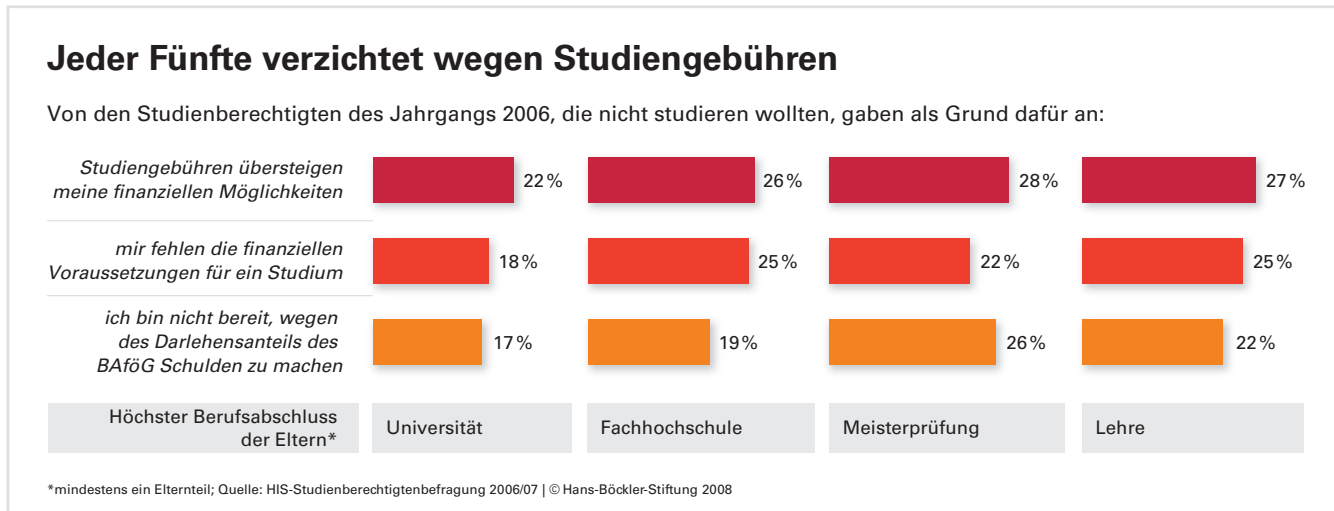
Soziale Schieflage verstärkt sich. Wie sich die Schulabgänger entscheiden, hängt stark vom Elternhaus ab. Ein Abschreckungseffekt der Gebühren sei vor allem bei Kindern aus hochschulfernen Elternhäusern zu beobachten, erklären die HIS-Forscher. Junge Frauen bilden eine zweite Gruppe, die spürbar eingeschüchtert wird. Finanzielle Einflussgrößen spielen zwar auch bei Akademikerkindern eine Rolle, jedoch eine geringere als bei Arbeiterkindern, erklärt das HIS: „Studienberechtigte, von denen mindestens ein Elternteil ein Universitätsstudium abgeschlossen hat, lassen sich von Studiengebühren auch in der Wahl ihrer Hochschule deutlich seltener beeinflussen als Studienberechtigte anderer sozialer Herkunftsgruppen.“ Die Wissenschaftler registrieren eine allgemeine Verunsicherung der Abiturienten und Fachabitu-



rienten. So bereiten die Gebühren auch Schulabgängern Sorgen, die aus Bundesländern ohne Gebühren kommen. Jeder fünfte ostdeutsche Studienberechtigte mit Zweifeln am Studium begründete seine Haltung mit Studiengebühren – oder der Sorge davor, dass sie bald eingeführt werden.

Studiengebühren seien nur einer von mehreren Gründen für die Entscheidung gegen ein Studium, erklären die Autoren. Das zeigt sich an der großen Zustimmung zu Aussagen wie „Ein Studium dauert zu lange“ oder „Ich möchte eine praktische Tätigkeit ausführen.“ 70 Prozent der Studienberechtigten, die kein Studium in Erwägung ziehen, führen jedoch ein finanzielles Motiv für ihre Zurückhaltung an: „Ich möchte bald Geld verdienen.“ ◀

* Quelle: Christoph Heine, Heiko Quast, Heike Spangenberg: Studiengebühren aus der Sicht von Studienberechtigten. Finanzierung und Auswirkungen auf Studienpläne und -strategien, HIS 2008
Download und Quelledetails: www.boecklerimpuls.de



Europa drängt auf Privatisierung

Bei der Liberalisierung und Privatisierung von Einrichtungen der öffentlichen Daseinsvorsorge spielt die EU eine entscheidende Rolle: Sie dehnt ihre Regelwerke für die Privatwirtschaft auf immer weitere Teile der Gesellschaft aus.

Bis Mitte der 1970er-Jahre bauten die damaligen Mitgliedsländer der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft ihre öffentliche Infrastruktur aus – ohne dass europäische Institutionen daran Anstoß genommen hätten. In den 80er-Jahren schwenkte die EU-Kommission um. Die bis dahin akzeptierte Sonderrolle von Post, Verkehrswesen, Wasser- und Stromversorgung oder Schienenverkehr wurde infrage gestellt. Heute haben öffentliche Dienstleister praktisch den gleichen Status wie Hersteller privater Güter: Sie sollen ihre Leistungen auf möglichst wenig regulierten Wettbewerbsmärkten anbieten. Die Politikwissenschaftlerin Christina Deckwirth von der Universität Marburg hat die von der EU angestoßenen Liberalisierungs- und Privatisierungsprozesse analysiert.* Sie erwartet, dass den großen Privatisierungen von Post- oder Telekomunternehmen noch viele kleine folgen werden.

Neben dem Güterhandel gerieten mit der Einheitlichen Europäischen Akte von 1986 auch die Dienstleistungen ins Blickfeld der europäischen Binnenmarktpolitik. Die neuen Richtlinien der EU-Kommission zielten zunächst auf die so genannte netzgebundene Infrastruktur. Zumindest in diesem Bereich scheine der Höhepunkt der Liberalisierungen inzwischen erreicht zu sein, schreibt die Wissenschaftlerin. Am weitesten fortgeschritten ist die Entwicklung bei den Telefonanbietern – aus Behörden sind private Aktiengesellschaften geworden. Die gesunkenen Preise für Telefongespräche dienen als Legitimationsgrundlage für den Umbau weiterer Wirtschaftszweige, so Deckwirth.

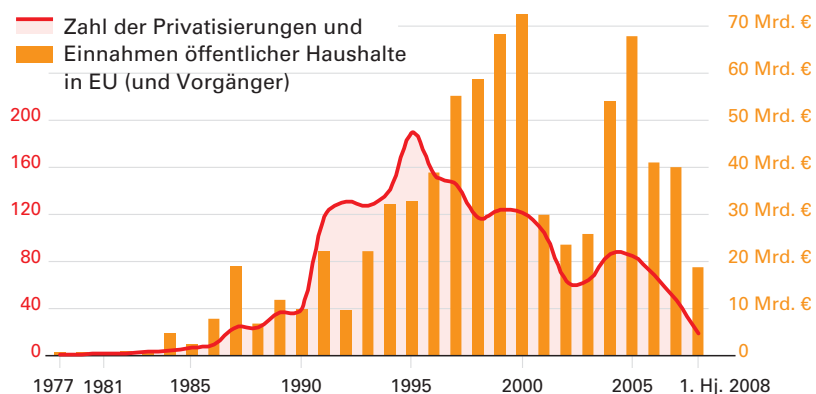
Die Ausweitung des Wettbewerbsrechts setzt „die gemischtwirtschaftlichen Entwicklungsmodelle der Mitgliedstaaten“ unter Druck, konstatiert die Forscherin. Die europäische Integrationspolitik diene nicht mehr der Absicherung der verschiedenen Kombinationen von öffentlichen und privaten Unternehmen in den einzelnen Ländern. Stattdessen treibe sie „deren Umbau zu wettbewerbsorientierten Ökonomien aktiv voran“. So betrachtet die EU-Kommission „die überwiegende Mehrheit der Dienstleistungen“, die nicht mit der Ausübung öffentlicher Gewalt verbunden sind, „als wirtschaftliche Tätigkeiten im Sinne der Binnenmarktvorschriften“. Damit schrumpft Deckwirth zufolge der politische Spielraum zur Gestaltung öffentlicher Daseinsvorsorge: Subventionierung, Steuernachlässe, besondere Anforderungen bei der Vergabe öffentlicher Aufträge, Begünstigung bestimmter sozialer Gruppen, Verfolgung umweltpolitischer Ziele – all dies ist nur noch im engen Rahmen des europäischen Wettbewerbsrechts möglich.

Bemühungen um eine „Rahmenrichtlinie zum Schutz der Daseinsvorsorge“ verliefen bisher im Sande, stellt die Wis-

senschaftlerin fest. Sie rechnet damit, dass die EU-Kommission den Geltungsbereich der Binnenmarktregeln in Zukunft auf soziale und Gesundheitsdienste ausdehnt.

Die Maastricht-Kriterien beschleunigten die Privatisierungsprozesse in Europa. Das größte Ausmaß erreichten die Privatisierungen laut Deckwirth Mitte der 90er-Jahre. Zu dieser Zeit mussten die Finanzminister der künftigen Euro-Länder sparen, um die Anforderungen des EU-Stabilitäts-

Privatisierungen – die Großbetriebe sind verkauft



Quelle: Privatisierung Barometer 2008 | © Hans-Böckler-Stiftung 2008

pakts zu erfüllen – mögliche Privatisierungserlöse kamen ihnen gerade recht. Die Einführung der nur auf die Geldwertstabilität verpflichteten Europäischen Zentralbank und weiterhin rigorose Anforderungen an die Finanzpolitik schwächten das Wirtschaftswachstum und damit die Steuereinnahmen, schreibt die Forscherin. Verschärft würde der Druck außerdem durch den zunehmenden Steuerwettbewerb zwischen den EU-Ländern. Der resultierende Sparzwang fördere auch weiterhin Privatisierungen auf kommunaler oder nationaler Ebene in den EU-Mitgliedstaaten.

Der Umbau der europäischen Finanzmärkte trug nach Deckwirths Einschätzung ebenfalls zur verstärkten Privatisierung öffentlicher Einrichtungen bei. Die Deregulierung der Kapitalmärkte um die Jahrtausendwende habe in Kombination mit einer stetigen Umverteilung zugunsten der Vermögenseinkommen den Boden für private Investoren bereitet. Zudem strebe die EU-Kommission einen Ausbau des Marktes für Privatplatzierungen an: Private-Equity-Gesellschaften und Hedge Fonds. Diese seien in der jüngsten Vergangenheit sehr aktiv gewesen – als Käufer öffentlicher Infrastruktureinrichtungen. Seien es Krankenhäuser, Entsorgungsunternehmen oder kommunale Wohnungsbestände. ◀

* Quelle: Christina Deckwirth: Die Europäische Union als Triebkraft der Privatisierung, in WSI-Mitteilungen 10/2008
Download unter www.boecklerimpuls.de


Herausgeberin: Hans-Böckler-Stiftung
 Hans-Böckler-Straße 39, 40476 Düsseldorf, Telefon 02 11 / 77 78-0
Verantwortlicher Geschäftsführer: Dr. Wolfgang Jäger (V.i.S.d.P.)
Chefredaktion: Karin Rahn; **Redaktion:** Rainer Jung, Annegret Loges, Uwe Schmidt, Ernst Schulte-Holtey, Philipp Wolter
 E-Mail redaktion-impuls@boeckler.de; Telefon 02 11 / 77 78-286, Fax 02 11 / 77 78-207; **Druck und Versand:** Setzkasten GmbH, Kreuzbergstraße 56, 40489 Düsseldorf

Weiter im Netz: Alle Grafiken zum Download (Nachdruck frei bei Angabe der Quelle), weitergehende Informationen, Links und Quellenangaben unter www.boecklerimpuls.de

TrendTableau

ARBEITSMARKT

Schweden fördern mehr
 Für Arbeitsmarktförderung* gaben 2006 aus



Prozent des BIP

Schweden	1,1 %
Deutschland	0,6 %
Großbritannien	0,1 %
EU-27	0,5 %

*z.B. ABM, Eingliederungszuschüsse, Training; Eurostat, Oktober 2008

BILDUNG

Ganztagschule kommt langsam
 Von allen Grundschulen boten Ganztagsbetreuung an



2006
12,7%

2005	9,9 %
2004	6,8 %
2003	5,1 %
2002	4,2 %

Kultusministerkonferenz 2008

GENDER

Väter wollen mehr Zeit für die Familie
 Männer ...

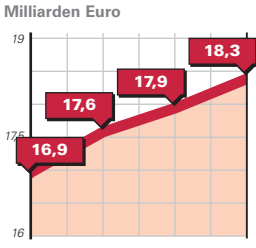


... wünschen sich bessere Möglichkeiten, Job und Familie zu vereinbaren	91 %
... sind mit den bestehenden Möglichkeiten zufrieden	3 %

1.800 befragte Männer
 Bertelsmann Stiftung, Oktober 2008

GESUNDHEIT

Teure Pflege
 Ausgaben der gesetzlichen Pflegeversicherung



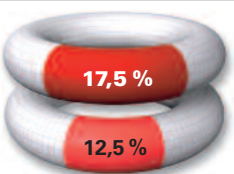
Milliarden Euro

2001	16,9
2003	17,6
2005	17,9
2007	18,3

Gesundheitsberichterstattung des Bundes, Oktober 2008

EINKOMMEN

Mehr Arme in Deutschland
 Der Anteil der Einwohner, die trotz Sozialleistungen unter der Armutsschwelle* lebten, betrug



um 2005

2005	17,5 %
2008	12,5 %

um 1985

*weniger als 60 Prozent des mittleren Einkommens; OECD, Oktober 2008

OST-WEST

Ausländer im Osten meist ohne Job
 Von allen Ausländern im Erwerbsalter arbeiteten 2007..



Mecklenburg-Vorpommern	11,7 %
Saarland	41,8 %

Bertelsmann Stiftung 2008

MITBESTIMMUNG

Gewerkschafter erwünscht
 Gewerkschaftsvertreter im Aufsichtsrat sind ...




sinnvoll	79 %
nicht sinnvoll	19 %
keine Angabe	2 %

2005 Befragte zwischen 16 und 65 Jahren
 polis + sinus 2008

ZUFRIEDENHEIT

Besorgt ums Klima
 Von allen EU-Bürgern halten die globale Erwärmung für ...



ein extrem ernstes Problem	30 %
unproblematisch	1 %

27.000 Befragte; Eurobarometer, Special Survey, September 2008

► **EINKOMMEN:** Immer mehr Menschen sind im Rentenalter auf die staatliche Grundsicherung angewiesen. Im Jahr 2007 stieg die Zahl der Leistungsempfänger gegenüber dem Vorjahr um 5,9 Prozent auf 392.000. Damit bezogen 2,4 Prozent aller Personen über 65 Jahren Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts. Dies teilt das Statistische Bundesamt mit. Im Jahr 2003 er-

hielten erst rund 257.700 Menschen im Rentenalter Grundsicherungsleistungen. 2007 hatte ein durchschnittlicher Grundsicherungsempfänger 625 Euro im Monat zur Verfügung.
Stat. Bundesamt, November 2008

► **AUSBILDUNG:** Von einem Bewerbermangel kann in Ostdeutschland trotz 2.800 unbesetzter betrieblicher Ausbildungs-

plätze keine Rede sein. Viele der laut Statistik „versorgten“ Jugendlichen haben bislang nur ein Praktikum oder einen Platz zur Berufsvorbereitung gefunden. Darauf weist das Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB) hin. Nach Berechnungen des BIBB suchten am Ende des Ausbildungsjahres 2008 noch 13.900 Jugendliche nach einem betrieblichen Ausbildungsplatz.

Außerdem müsse berücksichtigt werden, dass 12.800 ostdeutsche Bewerber nur einen außerbetrieblichen Ausbildungsplatz gefunden haben. Die unbesetzten Plätze bei ostdeutschen Betrieben seien also kein Indiz dafür, dass es zu wenig Bewerber gebe. Vielmehr passten Ausbildungsangebot und -nachfrage nicht zusammen, so das BIBB.
BIBB, Oktober 2008